

Pressemitteilungen

48/2023 **Neues Amtsblatt erschienen**

49/2023 Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte / Stadt Castrop-Rauxel
Castrop-Rauxel ist neues Mitglied im Bündnis „Für die Würde unserer Städte“

50/2023 **Vorlesestunde für Kinder in der Stadtbibliothek - jetzt mit dem „Lesefuchs“**

Pressemitteilung 48/2023

Neues Amtsblatt erschienen

Die Ausgabe 5/2023 des städtischen Amtsblattes ist erschienen. Darin wird die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung öffentlich bekannt gemacht. Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel tagt am Donnerstag, 16. Februar, ab 16.00 Uhr im Ratssaal am Europaplatz. Die Sitzungsunterlagen zu allen Tagesordnungspunkten finden interessierte Bürgerinnen und Bürger im Rats- und Bürgerinformationssystem, das über www.castrop-rauxel.de/politik-online erreichbar ist. Zudem ist die Sitzung öffentlich, Besucherinnen und Besucher sind also herzlich willkommen.

Alle Amtsblätter stehen auf der städtischen Internetseite www.castrop-rauxel.de/amtsblatt zum Abruf bereit. Bei Interesse kann man sich hier auch für ein Abonnement der zukünftigen Ausgaben registrieren. Diese Zustellung erfolgt dann nach Erscheinen jedes neuen Amtsblattes kostenlos per E-Mail.

Pressemitteilung 49/2023

Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte / Stadt Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel ist neues Mitglied im Bündnis „Für die Würde unserer Städte“

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel hat einstimmig den Beitritt zum Aktionsbündnis der Kommunen beschlossen, die sich für eine gerechte Finanzverteilung in Deutschland einsetzen. Gemeinsam mit 63 weiteren Städten und Kreisen aus der ganzen Republik kämpft Castrop-Rauxel nun für eine Altschuldenlösung, eine Reform der Förderpolitik und gegen Steueroasen.

Castrop-Rauxel hat wie viele Kommunen in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um Schulden abzubauen und einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nun erlebt die Stadt (ebenfalls wie viele andere), dass die Erfolge dieser Bemühungen akut bedroht sind. Steigende Zinsen, deutlich höhere Bau-, Energie- und Personalkosten sowie die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs – all das führt zu neuen Belastungen des städtischen Haushalts, die angesichts noch bestehender Herausforderungen zu einer echten Gefahr werden.

Bürgermeister Rajko Kravanja, Kämmerer Michael Eckhardt und Stefan Brenk, Leiter des Bereichs Finanzen, haben deshalb dem Stadtrat vorgeschlagen, dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ beizutreten. Der Rat hat diesen Vorschlag einstimmig angenommen.

„Die Kommune ist erster Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Bund und Land müssen verstehen, dass mit dem Verlust der gestalterischen Handlungsfähigkeit der Städte, das Vertrauen in den Staat insgesamt verloren geht. Statt Geld in die Sanierung maroder Straßen oder in Kitas zu investieren, müssen die Städte Schulden zu steigenden Zinsen tilgen, die im Wesentlichen aus einer Abwälzung von immer mehr Aufgaben und insbesondere von Aufwendungen für soziale Zwecke auf die Kommunen resultieren“, begründet Bürgermeister Rajko Kravanja den Beitritt zum Aktionsbündnis.

Für das Aktionsbündnis hat Sprecher Christoph Gerbersmann Castrop-Rauxel persönlich im Kreis der Kommunen begrüßt, die für eine faire Finanzverteilung in Deutschland kämpfen. „Wir freuen uns, dass Castrop-Rauxel den Einsatz für eine Altschuldenlösung und eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen als Mitglied von „Für die Würde unserer Städte“ unterstützt. Die Situation in den finanzschwachen Kommunen verschlechtert sich von Woche zu Woche. Wir brauchen dringend eine Altschuldenlösung, und zwar sowohl auf Bundesebene als auch in NRW. Die betroffenen Kommunen sind unverschuldet finanzschwach geworden. Bund und Länder haben ihnen viele Aufgaben zugewiesen und nicht für einen passenden Ausgleich gesorgt. Sie tragen eine wesentliche Verantwortung für die dramatische Situation und müssen sich dieser Verantwortung endlich stellen.“

Im Aktionsbündnis sind 64 Kommunen aus sieben Bundesländern vertreten, in denen rund 8,5 Millionen Menschen leben, also jede und jeder Zehnte in Deutschland. Die Mitglieder haben eine bittere Gemeinsamkeit: Sie alle haben einen heftigen Strukturwandel erlebt und müssen in dessen Folge mit unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen und überdurchschnittlichen Sozialausgaben kämpfen. Bund und Länder haben diese Situation durch das Delegieren von Aufgaben, insbesondere im Sozialbereich, wesentlich mitverursacht. Pläne für die Zukunft, etwa der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab 2026, setzen diesen Kurs fort.

Die betroffenen Kommunen mussten Kredite aufnehmen, um die Pflichtaufgaben, die ihnen übertragen wurden, zu erfüllen. Deshalb zahlen sie für Zinsen und Tilgung statt wie andere Kommunen in Infrastruktur, Bildung und Zukunftsthemen wie Klimaschutz oder Digitalisierung investieren zu können. Um diese ungerechte Situation zu ändern, verfolgt das Aktionsbündnis „Für die Würde unsere Städte“ drei Ziele:

1. **Altschuldenlösung:** Bundesweit leiden die Kommunen aus den genannten Gründen unverschuldet unter Altlasten in Höhe von rund 33 Milliarden Euro sowie den damit verbundenen Zins- und Tilgungspflichten. In den Koalitionsverträgen aus Bundes- und Landesebene ist ein einmaliger Kraftakt zur Lösung des Altschuldenproblems versprochen. Andere Bundesländer haben ihren Anteil bereits geleistet, NRW ist das letzte Bundesland, das noch keine Lösung gefunden und umgesetzt hat. Die Kommunen brauchen diese Lösung dringend und sind selbstverständlich bereit, ihren Anteil daran zu übernehmen.
2. **Reform der Förderpolitik:** Es gibt zahlreiche Förderprogramme von Bund und Ländern, an denen sich finanzschwache Kommunen nicht beteiligen können – weil sie nicht das Personal haben, um die umfangreichen Anträge zu bearbeiten, weil sie den erforderlichen Eigenanteil nicht aufbringen oder weil sie die personellen Folgekosten des Förderprogramms nicht stemmen können. Deshalb müssen Bund und Länder den Dschungel der Förderprogramme lichten, stärker auf pauschalisierte Mittel setzen sowie die Folgekosten im Blick haben.
3. **Verhinderung von Steueroasen:** Es gibt an vielen Stellen der Republik Kommunen, die ihre Gewerbesteuer massiv senken, um so Unternehmen zu bewegen, ihren offiziellen Sitz in diese Kommune zu verlegen und dort Steuern zu zahlen. In der Praxis bedeutet das: Die Produktionsstätten und die mit ihnen verbundenen Belastungen bleiben in den ursprünglichen Kommunen, die Steuereinnahmen wandern in die Städte, in denen sich oft nur ein Briefkasten des Unternehmens befindet. Dieser unfaire „Wettbewerb“ reduziert die ohnehin unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen der finanzschwachen Kommunen und muss deshalb unattraktiv gemacht werden.

Weitere Informationen zum Aktionsbündnis bietet die Internetseite:
www.fuerdiewuerde.de.

Pressemitteilung 50/2023

Vorlesestunde für Kinder in der Stadtbibliothek - jetzt mit dem „Lesefuchs“

Am Samstag, 11. Februar, findet zwischen 11.00 und 12.00 Uhr die erste Vorlesestunde in der Stadtbibliothek für Kinder im neuen Jahr statt. Ganz frisch dabei ist das niedliche Bibliothekstier - der Lesefuchs. Er begleitet ab sofort alle Klassen- und Kindergartenführungen sowie die Lesestunde.

Vorlesepatin Petra Quest liest am Samstag in der Bibliothek, Im Ort 2, aus dem Buch „Als Papa auf einen Knopf drückte und wir fast von einem Dino gefressen wurden“ von Nicolas Gorny vor: Weil der Vater den Morgen vertrödelt, muss er eine Abkürzung nehmen, damit die Zwillinge Malte und Greta es noch rechtzeitig zum Kindergarten schaffen. Dabei treffen sie auf die außerirdische Frau Blibb von Blobb. Die drei steigen in ihr Ufo ein – und eine fantastische und lustige Zeitreise beginnt.

Die Vorlesestunde eignet sich für Kinder ab fünf Jahren. Der Lesefuchs freut sich auf viele kleine Zuhörende. Der Eintritt ist frei!